

Positionspapier der *FDP.Die Liberalen*, 12. Februar 2011

Einwanderung gezielt steuern zum Nutzen der Schweiz

Wohlstand sichern, Integration fordern und fördern, Missbrauch verhindern, Auswirkungen abfedern

Der wirtschaftliche Erfolg unseres Landes und das ungenügende Angebot an Arbeitskräften haben die Schweiz zu einem Einwanderungsland gemacht. Dies hatte und hat positive wie negative Folgen. Die FDP war massgeblich beteiligt daran, dass sich die Einwanderungspolitik ab 2008 dank drei gesetzlichen Massnahmen massiv änderte und verbesserte: EU-Personenfreizügigkeit, Revision des Ausländergesetzes sowie Revision des Asylgesetzes.

Die wichtigste Massnahme war die Einführung der Personenfreizügigkeit mit der EU – ohne sie hätten wir die Wirtschaftskrise 2008/09 weniger gut überstanden¹. Dank ihr kommt heute ein Grossteil der Einwandernden als Fachkräfte und Spezialisten in die Schweiz. Diese Personen füllen die Lücken, welche entstehen, weil die Schweiz zu wenig Ingenieure, Krankenschwestern oder Ärzte ausbildet. Wir brauchen die Einwanderung aus der EU sowie diejenige von qualifizierten Personen aus Drittstaaten. Ohne diese Ausländer würden weder innovative KMU, internationale Grossunternehmen noch Spitäler oder Züge funktionieren. Der Exportmotor würde abgewürgt, unser Standort wäre viel weniger attraktiv, und die Arbeitslosigkeit würde steigen.

Wenngleich Mitarbeitende aus der EU sowie aus Drittstaaten unsere Volkswirtschaft vorwärts bringen, sollten wir mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer selbst ausbilden. Auch wenn die Lücke inskünftig nie vollständig durch einheimische Arbeitnehmer gefüllt werden kann und soll, ist es die zentrale Aufgabe der Bildungspolitik, unsere Bürger wettbewerbsfähig zu machen. Die Bildung von heute entscheidet über die Arbeitsplätze junger Menschen von morgen.

Zudem wurden dank der Revision des Ausländergesetzes und des Asylgesetzes die Voraussetzungen geschaffen, um die Drittstaateneinwanderung zu beschränken. Sie ist allerdings auch heute noch Grund für Probleme. Vor der Änderung der Ausländerpolitik sind zu viele unqualifizierte Personen als billige Arbeitskräfte eingewandert. Eine Folge davon ist der sehr hohe Familiennachzug, welcher uns bis heute Probleme bereitet. Beide Gesetzesrevisionen sind noch nicht voll umgesetzt: Beim Bundesamt für Migration ging durch den Abgang von Führungspersonen viel Know-how verloren. Von den Kantonen wird eine straffere Anwendung der neuen Regeln erwartet.

Anders als die Linke behauptet, führt das Zusammenleben verschiedener Kulturen oft zu Schwierigkeiten. Die FDP will deshalb auf dem eingeschlagenen Weg fortschreiten: Die Drittstaatenmigration muss aufs Nötige beschränkt werden, der Missbrauch ist einzuschränken, und der Vollzug bei Asylgesuchen soll markant verbessert werden. Zudem muss die Umsetzung der Personenfreizügigkeit verbessert werden. Mit dieser austarierten Einwanderungspolitik im Interesse unseres Landes können wir die Herausforderungen der Einwanderung bewältigen. Die Politik der offenen Grenzen für alle lehnen wir ebenso wie eine ängstliche Abschottung entschlossen ab. Die FDP will Einwanderung geschickt steuern, sodass von ihren

¹ „Dichtung oder Wahrheit: Personenfreizügigkeit – eine Analyse“. Studie der FDP.Die Liberalen, präsentiert im Februar 2010.

Früchten dank gesicherten Sozialwerken, mehr Wachstum und mehr Arbeitsplätzen alle profitieren – aus Liebe zur Schweiz.

Die negativen Folgen der verfehlten Ausländerpolitik des vergangenen Jahrhunderts machen Korrekturen sowie eine verstärkte und verpflichtende Integrationspolitik nötig. Von den Ausländern erwarten wir Willen und Anstrengung zur Integration. Die Achtung der schweizerischen Werte, Gesetze und Gepflogenheiten – so beispielsweise die Gleichstellung der Frau – sind nicht diskutabel. Notwendig sind zudem Investitionen in gute Schulen, welche Kinder mit schweizerischen und ausländischen Wurzeln nicht nur zu Leistung anspornen, sondern sie auch zu eigenverantwortlichen und solidarischen Bürgern ausbilden. Durch verdichtetes Bauen schaffen wir zudem genügend Wohnraum für alle.

1. Einwanderung aus der EU sichert unseren Wohlstand

Die Personenfreizügigkeit ist ein Erfolgsmodell. Die Einwanderung aus der EU ist positiv: Sie führt weder zu Arbeitslosigkeit noch zu sinkenden Löhnen bei Schweizern. Im Gegenteil: Sie sichert unseren Wohlstand und das Florieren der Wirtschaft und trägt zur Stabilisierung der Sozialversicherungen bei. Hochqualifizierte und motivierte Arbeitskräfte, die unserer Kultur nahe stehen und sich in den allermeisten Fällen gut in unsere Gesellschaft integrieren, gelangen dank Freizügigkeitsabkommen auf unbürokratische Weise in die Schweiz. Im weltweiten Kampf um Talente ist die hohe Verfügbarkeit von gut qualifizierten Mitarbeitern für international tätige Unternehmen der wichtigste Standortvorteil – und die EU ist mit Abstand die wichtigste Ursprungsregion für solche qualifizierten Arbeitskräfte.

Aber wir dürfen die Augen nicht verschliessen: Trotz der genannten Vorteile gibt es auch bei der Personenfreizügigkeit Verbesserungsmöglichkeiten, welche die FDP bereits seit 2009 fordert: Der Vollzug muss dringend verbessert werden. Das Freizügigkeitsabkommen kann schärfer ausgelegt und umgesetzt werden, ohne dass sein Kern berührt wird. Die vom Bundesrat beschlossenen Massnahmen sind ungenügend und mutlos. Die Politik der zu späten und zu schwachen Reaktion untergräbt im Volk die Unterstützung für den Bilateralen Weg. Diese Gefahr geht auch von ausländischen Scheinselbständigen aus, die in der Schweiz zu Dumpinglöhnen arbeiten. Als Einmann-Firma werden allgemeinverbindliche Gesamtarbeitsverträge ausgehebelt und Schweizer Anbieter, ihre Mitarbeiter sowie die Sozialversicherungen ausgetrickst.

Ebenso wichtig ist, dass die Arbeitsmarktfähigkeit der Schweizerinnen und Schweizer gesichert ist. Auch in Zukunft. Die Bildungspolitik muss dafür sorgen, dass das duale Bildungssystem nicht durch die Ver-Akademisierung ausgehebelt wird, und dass unsere Kinder und Jugendlichen gute Perspektiven auf eine Arbeitsstelle haben.

Lösung der FDP. Die Liberalen

Forderung 1:

Die Personenfreizügigkeit ist wertvoll, braucht aber Leitplanken: Der bereits im Dezember 2009 präsentierte Massnahmenplan der FDP ist rasch umzusetzen:

- 1) Zwölfmonatsbewilligung statt Fünfjahresbewilligung: Die RAV sind zu verpflichten, den Migrationsbehörden jede länger als zwölf Monate dauernde Arbeitslosigkeit zu melden. Die Behörden sollen die Möglichkeit der Zwölfmonatsbewilligung nutzen.
- 2) Fünfjahresaufenthaltsbewilligungen bei überjährigen Arbeitsverhältnissen erst nach erfolgreicher Probezeit: Bei unbefristeten Arbeitsverträgen wird erst nach positiver Probezeit eine Aufenthaltsbewilligung für fünf Jahre ausgestellt.
- 3) Nicht in jedem Fall eine Fünfjahresbewilligung für Temporärangestellte: Die Aufenthaltsbewilligung soll der Dauer des beabsichtigten Arbeitsverhältnisses entsprechen.
- 4) Bei schuldhafter Arbeitslosigkeit müssen Sanktionsmassnahmen konsequent angewendet werden: Der Informationsfluss der RAVs zu den Ausländerbehörden wird automatisiert.
- 5) Weiterführung der Kontingentspolitik bei Rumänien und Bulgarien bis zum 31. Mai 2016.
- 6) Kündigung von hinderlichen Niederlassungsvereinbarungen und Verzicht auf das Abschliessen neuer Niederlassungsvereinbarungen.

Forderung 2:

Anbindung an Arbeitsstelle: Generell soll im Rahmen der Freizügigkeit nur einwandern dürfen, wer eine Arbeitsstelle hat. Eine „Einwanderung in unsere Sozialwerke“ wird vermieden, deren Missbrauch bzw. Überlastung verhindert.

Forderung 3:

Schweizer Arbeitskräftepotenzial ausschöpfen – Ver-Akademisierung eindämmen: Die Einwanderung aus der EU ist für unsere Wirtschaft zentral. Für gewisse Berufe, für die in der Schweiz eine Berufsausbildung genügt, verlangen verschiedene EU-Staaten eine akademische Ausbildung. Eine Anpassung an diese Staaten führt zu einer Ver-Akademisierung verschiedener Berufe und gefährdet das duale Bildungssystem. Deshalb fordern wir:

Einerseits soll der Ver-Akademisierung von Berufen mit Arbeitskräftemangel, wie beim Pflegefachpersonal im Gesundheitswesen oder bei Kindergärtnern, ein Riegel geschoben werden. Andererseits muss die Anzahl der Studienplätze für Medizinstudenten erhöht werden, damit in der Schweiz mehr eigene Ärzte ausgebildet werden.

2. Einwanderung aus Drittstaaten geschickt steuern

Neben der Einwanderung aus der EU über die Personenfreizügigkeit wandern pro Jahr über 40'000 Personen aus Drittstaaten ein². Zusammen mit der Einwanderung über das Freizügigkeitsabkommen ergibt das jährlich ein Wachstum der Gesamtbevölkerung in der Schweiz von 80'000 bis 100'000 Menschen, was etwa der Bevölkerung von Winterthur entspricht. Auf die Dauer ist dieses Wachstum kaum tragbar.

Diese Zahlen machen den Handlungsbedarf deutlich: Die Einwanderung aus Drittstaaten muss besser geregelt werden. Sie nahm auch im Krisenjahr 2009 gegenüber dem Vorjahr nur um 9 Prozent ab und liegt heute wieder so hoch wie vor dem Beginn der Personenfreizügigkeit im Jahr 2002.

Keine Verschärfung bedarf es für Spezialisten aus Drittstaaten wie den USA, Indien und China. Auf sie sind Unternehmen angewiesen, sollen diese Märkte von hier aus bedient werden und sich deren Unternehmen hier ansiedeln. Diese Spezialisten sind jedoch streng kontingentiert – sie machen kaum zehn Prozent der gesamten Einwanderung aus Drittstaaten aus und schaffen keine Integrationsprobleme.

Probleme bereitet hingegen der Familiennachzug. Er macht über die Hälfte der Drittstaateneinwanderung aus, und diese Personen sind oft schwer integrierbar. Hier handelt es sich zum grössten Teil um ein Erbe der früheren Fehler der Einwanderungspolitik. Immer schwerer wiegen aber auch höchstrichterliche Entschiede, welche die Einwanderung aus Drittstaaten fördern.

Lösung der FDP. Die Liberalen

Forderung 4:

Beschränkung des Familiennachzugs: Die Regeln für den Familiennachzug sind bei Personen mit Niederlassungsbewilligung jenen der Jahresaufenthalter anzugleichen. Der Familiennachzug ist auf das völkerrechtliche Minimum zu beschränken. Insbesondere sind Kettenmigration und Schein- oder Zwangsehen wirkungsvoll zu bekämpfen. Voraussetzung für den Familiennachzug ist der Nachweis eines ausreichenden Einkommens für den Unterhalt der Familienangehörigen.

Forderung 5:

Kampf gegen Scheinehen und Gefährdungen der individuellen Freiheiten: Gegen Scheinehen ist anzukämpfen, namentlich mittels geeigneter Arbeit auf kantonaler Ebene. Ebenso ist gegen alle Gefährdungen der individuellen Freiheiten zu kämpfen, insbesondere gegen Zwangsehen und Beschneidungen. Diese Praktiken verstossen gegen unserer Verfassung und dürfen in der Schweiz nicht toleriert werden.

² Asylsuchende werden nicht mitgezählt.

Forderung 6:

Erteilung der Niederlassungsbewilligung: Personen, denen Asyl gewährt wird, sollen die Niederlassungsbewilligung nach den gleichen Kriterien erhalten wie Personen aus Nicht-EU/EFTA-Staaten, die nicht über den Asylbereich eingewandert sind.

Forderung 7:

Fordern und fördern: Wer hier leben will, muss sich integrieren. Die FDP fordert ein Rahmengesetz für Integration. Es sieht nationale Standards in bestimmten Forder- und Förderbereichen für die Integration ab Geburt und Zuzug vor. Individuelle Vereinbarungen mit klaren Zielen konkretisieren diese für Eingewanderte – alle Kantone sollen Integrationsvereinbarungen gemäss Artikel 54 Ausländergesetz einsetzen. Zu vereinbaren sind namentlich Integrationsziele in den Bereichen Sprachkenntnis, wirtschaftliche Eigenständigkeit, Arbeitsplatz und soziale Integration. Bei Nichterreichung der Integrationsziele werden Sanktionen ergriffen. Denkbar sind Wegweisungen oder Rückstufungen von Niederlassungs- zu Jahresaufenthaltsbewilligungen. Der Erfolg der Integrationsmassnahmen wird verglichen und überprüft.

Forderung 8:

Kampf gegen Rassismus und Xenophobie: Die FDP kämpft entschlossen gegen alle Auswüchse von Intoleranz, Rassismus und Xenophobie. Das gilt auch für den Bereich der Religion, wo die FDP dafür einsteht, dass Alle ihre Überzeugungen möglichst frei ausüben können, solange sie die öffentliche Ordnung nicht gefährden oder gegen die Verfassung verstossen.

3. Für eine Humanitäre Asylpolitik - gegen Schlepper und schleppenden Vollzug

Die Schweiz hat eine lange Tradition der Aufnahme von Flüchtlingen. Diese Tradition ist allerdings weltweit ebenso bekannt wie unser Wohlstand. Bereits ansässige Landsleute verstärken dieses Bild. Das zieht echte und unechte Flüchtlinge an. Schlepper und Flüchtlinge vergleichen die Asylpraxis verschiedener Staaten, um ihr Zielland auszuwählen. Schlepperbanden werden immer professioneller und krimineller: Ihr weltweiter Umsatz beträgt jährlich 12 Mia. Dollar. In Verbindung mit dem Drogenhandel schleppen sie als Asylsuchende getarnte Drogenhändler in die Schweiz. Dieser eklatante Missbrauch gefährdet die Unterstützung der Asylpolitik und der bedürftigen Flüchtlinge durch das Volk.

Eine konsequente Asylpolitik ist deshalb nötig. Es braucht eine fundierte Bilanz des Asylgesetzes und der bestehenden Rückübernahmeabkommen. Letztere sind an die Entwicklungshilfe für die betroffenen Staaten zu koppeln. Grundsätzlich gilt wie bisher: Flüchtlinge sollen im Sinne der EMRK grundsätzlich losgelöst von nationalen Eigeninteressen der Schweiz aufgenommen werden. Kein Asyl erhalten Wirtschaftsflüchtlinge. Neben punktuellen Verbesserungen der bestehenden Gesetze braucht es vor allem deren konsequenten Vollzug. Die Asylbürokratie ist langsam, ihre Folgen werden auf dem Buckel von oft verzweifelte Menschen ausgetragen. Asylverfahren dauern zu lange. Das gilt namentlich auch beim Bundesverwaltungsgericht. Stossend ist auch die lange Verfahrensdauer für Personen aus gemäss Bundesrat sicheren Staaten (safe countries). Auf Gesuche aus solchen Staaten wird in der Regel nicht eingetreten. Trotzdem gab es Ende 2010 1'251 hängige Gesuche sowie 3'758 vorläufige Aufnahmen aus den sicheren Staaten Kosovo und Serbien. Insgesamt sind im Jahr 2010 über 15'500 neue Gesuche eingereicht worden. Diese negative Entwicklung will die FDP stoppen: Im Interesse der echten Flüchtlinge darf unsere humanitäre Tradition weder von Schleppern missbraucht, noch von einer schleppenden Verwaltung untergraben werden.

Lösung der FDP.Die Liberalen

Forderung 9:

Rascher entscheiden und vollziehen: Asylverfahren sind auf das völkerrechtlich kürzest mögliche Mass zu beschränken. Behörden und Gerichte aller Stufen erhalten verbindliche Fristen, ihnen werden die nötigen finanziellen und personellen Ressourcen zu deren Einhaltung zur Verfügung gestellt. Einsprachen und Gutachten bzw. deren Entschädigung werden eingeschränkt.

Der Bund unterstützt die Kantone und stellt die nötigen Mittel bereit. Bis Ende 2011 ist die Zahl der Fälle im Verfahrensprozess durch Abschluss der Verfahren und durch konsequenten Wegweisungsvollzug auf unter 5'000 zu senken.

Personen aus sicheren Ländern (safe countries) wie auch Dublin-Fälle dürfen nicht auf die Kantone verteilt werden. Vorläufig aufgenommene Personen aus sicheren Staaten müssen unabhängig von ihrer Aufenthaltsdauer vom Bund weggewiesen werden.

Forderung 10:

Flüchtlingsstatus nur für Flüchtlinge: Flüchtlingsstatus soll nur erhalten, wer effektiv wegen eines Fluchtgrundes als Flüchtling anerkannt wird. Aufenthaltsbewilligungen, die mangels Vollzugsmöglichkeiten erteilt werden müssen, sind auf das Nötigste zu beschränken.

Forderung 11:

Rückübernahmeabkommen fördern und auf fehlende Zusammenarbeit reagieren: Der Abschluss von Rückübernahmeabkommen ist zu fördern und mit Migrationspartnerschaften, d.h. gezielter Entwicklungshilfe, zu unterstützen. Die Kantone sollen in eigener Kompetenz und auf eigene Rechnung Rückkehrhilfe-Programme durchführen können. Deren Kennzahlen (Erfolg und Kosten) werden veröffentlicht. Rückkehrhilfe darf nur im Herkunftsland geleistet werden.

Die Schweiz hat die Visaausstellung für Bürger aus Staaten, welche ihre Rückübernahmeverpflichtungen nicht erfüllen, einzuschränken. Zahlungen an Staaten, die ihre Rückübernahmeverpflichtungen nicht einhalten, müssen eingestellt werden, wobei hier verschiedene Geberländer zusammenarbeiten sollten. Die Zusammenarbeit mit der EU wird intensiviert.

Forderung 12:

Schlepperbanden bekämpfen: Die Strafbestimmungen im Ausländergesetz müssen verschärft und die internationale Zusammenarbeit im Kampf gegen Schlepper intensiviert werden. Die Polizeikräfte werden verstärkt, besser ausgebildet und ausgerüstet – nicht nur im Kampf gegen das Schlepperwesen, sondern zur Wahrung der Bürgersicherheit im Generellen. Die bereits 2006 geforderte Erhöhung der Polizeikräfte ist endlich umzusetzen, die Sicherheit gehört zur Kernkompetenz des Staates.

4. Herausforderungen der Einwanderung: Bevölkerungsdruck abfedern

In der Schweiz leben immer mehr Menschen. Dieser Herausforderung müssen wir mit Rezepten begegnen. Wichtig sind vor allem Lösungen beim Wohnen, verdichteten Bauen und für die Verkehrsinfrastruktur.

Raumplanung – damit es auch in Städten bezahlbare Wohnungen gibt

Wohnungspreise und Mieten steigen. Das gilt besonders in Zentren, auf der bei Einwanderern besonders beliebten Achse Aarau – Zürich – Zug, am Genfersee und in der Region Basel. Die Schweiz ist gerade nach der Wirtschaftskrise ein Magnet für gut qualifizierte Arbeitskräfte, die neben dem Job ein Umfeld mit Kunstszene, Offenheit und Internationalität suchen. In diesen Zentren siedeln sich auch entsprechende Unternehmen an. So wachsen dort Bevölkerung und Beschäftigung überdurchschnittlich. Gleichzeitig nimmt der Platzbedarf pro Person zu: Zwischen 1980 und 2000 um 20%. Das ist auch eine Folge der Zunahme von Einpersonenhaushalten.

Mehr Einwohner, mehr Unternehmen und höhere Raumansprüche führen zu steigenden Mieten und Preisen in den Ballungsgebieten, was zunehmend einheimische und weniger vermögende Personen aus ihren angestammten Wohnquartieren verdrängt. Gleichzeitig scheint in Agglomerationen jeder freie

Quadratmeter überbaut zu werden. Zersiedelung bedroht nicht nur das Landschaftsbild, sondern auch Erholungsraum, Landwirtschaft und Biodiversität. Bedroht sind auch die Staatsfinanzen: Die Infrastrukturkosten der Zersiedelung sind viel höher als bei verdichtetem Bauen und ein ungedeckter Check für den Steuerzahler.

Die FDP stellt sich der Herausforderung „Verdichtung“: Die verdichtete Infrastrukturplanung und Entwicklung kompakter Gebäude- und Hüllformen bei energetischen Fragestellungen sind zentral. Innovative Lösungen dürfen nicht an Bürokratie scheitern. Vor diesem Hintergrund fordert die FDP:

Lösung der FDP.Die Liberalen

Forderung 13:

Günstigeres und schnelleres Bauen statt teure Bürokratie: Massnahmen für Baubürokratie-Stopp machen das Bauen günstiger und ermöglichen raschere, flexiblere Entscheide. Entsprechend sind Bauverfahren zu bündeln und zu verkürzen. Das verbessert die Wohn- und Lebensbedingungen und stellt eine angemessene und günstigere Wohnraumversorgung sicher.

Forderung 14:

Verdichtetes Bauen statt teure Mieten: Die FDP will, dass das Bauen in Städten und angrenzenden Gebieten generell wieder einfacher wird. Dies geschieht einerseits durch den Abbau von unnötiger Baubürokratie, andererseits durch die Beseitigung von vorhandenen rechtlichen Hindernissen im Raumplanungsgesetz (RPG) und in den kantonalen Baugesetzen (z.B. übertriebener Denkmalschutz, Willkür bei gestalterischen Anforderungen und zu flächenintensive Ansprüche an die innere Erschliessung). Ungenutzte Flächen (z.B. in Dachgeschossen und bei Fabrikbrachen etc.) sind prioritär zu aktivieren; das Flächenrecycling und die innere Verdichtung haben Vorrang vor der Ausweitung neuer Bauzonen.

Verkehrsinfrastruktur – damit die Mobilität gewährleistet ist

Für ein rohstoffarmes Land wie die Schweiz, das gleichzeitig mit hohen Lohnkosten operiert, stellen hervorragende Infrastrukturen einen wichtigen Wettbewerbsvorteil gegenüber konkurrierenden Volkswirtschaften dar. Sie sind zentral für Wohlstand, Lebensqualität und Sicherheit in der Schweiz – jetzt und in Zukunft. Diese Faktoren sind entscheidend für den Zustrom von Investitionen, Forschungseinrichtungen und gut ausgebildeten Menschen in unser Land.

Vor diesem Hintergrund liegt für die FDP die entscheidende Herausforderung der Zukunft darin, die Investitionen in die Infrastruktur langfristig auf hohem Niveau zu gewährleisten. Das gilt für die Erhaltung bestehender Infrastrukturen ebenso wie für Erstellung, Erweiterung und Unterhalt zusätzlicher Infrastruktur.

Lösung der FDP.Die Liberalen

Forderung 15:

Lösungen aufzeigen: Die FDP will, dass der Bund eine langfristige Infrastrukturstrategie unter Berücksichtigung der Bevölkerungsentwicklung erarbeitet. Die Schere zwischen notwendigen Infrastrukturinvestitionen und finanziellen Engpässen darf sich nicht weiter öffnen. In seiner Strategie soll der Bundesrat ein PPP in Zusammenarbeit mit den Kantonen prüfen. Der Zeitplan zur Realisierung verschiedener Infrastrukturen muss ambitiös ausgestaltet sein, die Lösungen sollen nicht während Jahrzehnten auf sich warten lassen.

Forderung 16:

Den Problemen in den Grenzregionen Beachtung schenken: Während die Personenfreizügigkeit insgesamt gut ist für die Schweiz, stellt sie die Grenzregionen unseres Landes auch vor Herausforderungen: gestiegene Lohnkonkurrenz, Druck auf die Arbeitslosigkeit, Verstopfung der Verkehrswege etc. Die lokale Bevölkerung ist oftmals verzweifelt. Der Bund muss zusammen mit den betroffenen Kantonen spezielle Massnahmen prüfen, insbesondere müssen die Prioritäten der Transportinfrastrukturentwicklung, sowohl Strassen wie auch ÖV, in den betroffenen Regionen bestimmt werden.